

Defizite und Überschüsse



Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland steigt stetig. Der demografische Wandel unserer Gesellschaft spiegelt sich schon länger auch in einer deutlich wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen wider. Vor diesem Hinter-

grund hat das Bundeskabinett nach monatelangen Streitereien schließlich Ende März einen Entwurf des Pflegeneuausrichtungsgesetzes (PNG) gebilligt und auf den Weg gebracht. Im Mittelpunkt des Gesetzentwurfes von Gesundheitsminister Daniel Bahr stehen besonders die bessere Versorgung von Demenzkranken und die Stärkung der ambulanten Pflege. Daneben soll aber auch die medizinische Versorgung in Pflegeheimen mit zusätzlichen 77 Millionen Euro gefördert werden. Ob das Bahrsche Gesetzesvorhaben nun der große Wurf ist, sei dahingestellt, aber immerhin werden die Versorgungsdefizite auf politischer Seite

anerkannt und angegangen. Den Ausgleich von Versorgungsdefiziten in der ambulanten und stationären Pflege haben wir Fachärzte in den zurückliegenden Monaten immer wieder angemahnt. Unsere Lobbyarbeit scheint ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben: Die Verbesserung der Patientenversorgung macht vor den Heimen nicht Halt, die Förderung der ärztlichen Versorgung in der Pflege ist im Gesetzentwurf aufgenommen. Der Facharztbesuch im Pflegeheim soll künftig angemessen honoriert werden. Überspitzt formuliert, mussten wir niedergelassenen Urologen bislang bei Haus- und Heimbisuchen noch Geld für unsere Arbeit mitbringen. Die Konsequenzen zeigten sich in vermehrten stationären Einweisungen und erheblichen Krankentransportkosten. Das soll sich durch das PNG ändern.

Für den BDU ist die Neuordnung der Pflege indes auch Anlass, ein Versorgungsmodell Urologie in der ambulanten und stationären Pflege zu erarbeiten. Ambulante fachärztliche Versorgung muss flächendeckend wohnortnah gewährleistet sein. Darüber hinaus fordern wir eine ganzheitliche Strategie der Pflege, denn die Formen der Pflegebedürftigkeit werden sich in den nächsten Jahren stark verändern. Die Urologie betrifft der demografische Wandel besonders, da sie in erheblichem Maße auch Altersmedizin ist; als Stichworte seien hier nur Multimorbidität und Polypharmazie genannt. Mit einer Expertenkommission erarbeitet der BDU derzeit ein Pflegekonzept. Dessen Fokus liegt zunächst auf der urologischen Versorgung in den Pflegeheimen und sieht als Basis neben den Paragrafen des Sozialgesetzbuches auch Rahmenvereinbarungen mit Pflegeverbänden und Trägern von Pflegeheimen vor. Im Juni soll das Konzept in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Ein weiteres großes Thema der jüngeren Vergangenheit waren die Milliardenüberschüsse der Krankenkassen. Sie weckten politische Begehrlichkeiten: Mit Forderungen nach der Rückerstattung von Prämien, nach Beitragssenkungen oder nach der Abschaffung der 10-Euro-Praxisgebühr wollte mancher in der Wählergunst punkten. Derartige Überlegungen lehnt der BDU jedoch klar ab, denn das Beitragsaufkommen der Kassen gehört in die medizinische Versorgung der Patienten – ebenso wie der Einzug der Praxisgebühr als bürokratisches und finanziell belastendes Ungetüm von den Arztpraxen zu denen übergehen muss, die davon profitieren: den Kassen selbst. Solange es in Kliniken und Praxen an vielen Ecken mangelt, verbieten sich nach unserer Ansicht populistische Planspiele über die Auflösung dieser zeitweiligen Überschüsse, die auch durch gekündigte Selektivverträge und Rabattzwang für Ärzte angehäuft wurden.

Investitionsstaus in Krankenhäusern und Arztpraxen sind an der Tagesordnung, besonders auch hinsichtlich der Personalsituation. In der ambulanten und stationären Versorgung der Patienten kommt nicht genug Geld an. Durch Regelleistungsvolumina und Gebührenordnung bleibt in den Praxen mindestens ein Drittel der geleisteten Arbeit unbezahlt. Nicht einmal allgemeine Preissteigerungen, die auch vor Ärzten nicht Halt machen, werden angemessen ausgeglichen. Statt über die Auflösung vermeintlicher Überschüsse zu sinnieren, wäre es an der Zeit, angemessen Geld in die Hand zu nehmen, um eine hochwertige ärztliche Versorgung dauerhaft und flächendeckend sicherzustellen.

Axel Schroeder
BDU-Präsident

Neumünster, im April 2012